

Dieses Diskussionspapier bringt die Berliner LAG Frieden & Internationales in die bündnisgrüne Nahostkonferenz am 28. Februar 2010 ein. Anlass für die Konferenz war die Auseinandersetzung auf der BDK in Dortmund im Januar 2009 über die Resolution des Bundesvorstands zum Gaza-Krieg. Damals gab es eine große Anzahl von Änderungsanträgen, die in entgegengesetzte Richtungen gingen. Ein Großteil der Änderungsanträge, die eine deutlichere Kritik an der israelischen Regierungspolitik formulieren wollten, stammte aus unserer LAG.

Aus unserer Sicht ging und geht es dabei nicht darum, einer Seite die Schuld an dem Konflikt zuzuweisen. Es gibt keine „pro-israelische“ oder „pro-palästinensische“ Haltung. Diese Kategorien sind sinnlos, weil jede Friedenslösung für beide Seiten segensreich wäre und umgekehrt das Ausbleiben einer Lösung für beide Seiten katastrophal ist oder werden kann. Solidarität mit den PalästinenserInnen und Sorge um die Sicherheit Israels sind deshalb gleichermaßen Motivationen, sich aktiv um einen gerechten Frieden im Nahen Osten zu bemühen, die nur scheinbar manchmal gegeneinander stehen.

Es ist unwahrscheinlich dass die Konfliktparteien aus eigener Kraft zum Frieden finden – auch deshalb, weil beide Seiten meinen, auf Zeit spielen zu können. Solange der Konflikt vor sich hin schwelt, ist es für die israelische Regierung bequemer, ihn zu managen, als ihn zu lösen. Die PalästinenserInnen ihrerseits haben schon einige Generationen auf Gerechtigkeit gewartet und sehen die demographische Entwicklung und den schwindenden Einfluss des Westens auf ihrer Seite.

Um so wichtiger ist es, dass Deutschland und Europa sich aktiv für den Frieden im Nahen Osten einsetzen. Dazu bedarf es einer klaren Analyse des Konflikts (wozu auch eine Kenntnis seiner Geschichte gehört); es bedarf aber ebenso einer Reflexion darüber, mit welchen Denkmustern wir selbst an den Konflikt herantreten und was uns in unseren eigenen Diskursen daran hindert, einen möglichst konstruktiven Beitrag zu leisten.

Wir begrüßen es sehr, dass die Gaza-Resolution zum Anlass wurde, uns innerhalb der Partei verstärkt über unsere z. T. sehr unterschiedlichen Herangehensweisen an den Konflikt auszutauschen. In diesem Diskussionspapier sprechen wir Punkte an, die uns dabei besonders wichtig erscheinen.

### **Israel – (k)ein Staat wie jeder andere?**

Israel ist kein Staat wie jeder andere. Es ist der einzige Staat, der mit dem Ziel gegründet wurde, einer Bevölkerungsgruppe, die anderswo immer wieder als Minderheit verfolgt wurde, eine sichere Heimat zu bieten. Als Nachfolgerin des Staates, in dem diese Verfolgung in millionenfachem Massenmord gipfelte, sollte die Bundesrepublik diese Besonderheit selbstverständlich berücksichtigen.

Dabei muss aber auch klar sein, was das genau heißt und was es nicht heißen darf. Die besondere Berücksichtigung der Schutzrechte jüdischer Menschen in Israel muss da eine Grenze haben, wo grundlegende Rechte anderer Menschen betroffen sind. Wir können und sollten auf menschlicher Ebene andere Maßstäbe an das Handeln von Menschen anlegen, die nicht zuletzt aufgrund dessen, was in unserem eigenen Land passiert ist, die Welt oft unter dem Aspekt der existenziellen Bedrohung ihres Kollektivs

betrachten – aber wir können und dürfen deswegen nicht auf menschen- und völkerrechtlicher Ebene andere Maßstäbe daran anlegen, wie sie mit Anderen umgehen. Das gilt sowohl im Interesse dieser Anderen als auch im Interesse der jüdischen Israelis, aber auch in unserem eigenen Interesse; diese Begründungen greifen ineinander und ergänzen sich.

In Bezug auf die von israelischer Gewalt unmittelbar Betroffenen ist das Argument offensichtlich: Ihre Rechte müssen so schwer wiegen wie die jedes anderen Menschen; es ist nicht zu rechtfertigen, dass daran wegen vergangener Verbrechen gegen jüdische Menschen Abstriche gemacht werden.

Aber auch den jüdischen Menschen in Israel tun wir keinen Gefallen, wenn wir die Verletzung der Rechte anderer tolerieren. Die Ressentiments gegen Israel beruhen zu einem nicht unerheblichen Teil auf der Wahrnehmung, dass mit zweierlei Maß gemessen wird; dass Israel sich Dinge herausnehmen kann, für die ein anderer Staat schon längst sanktioniert worden wäre, und dass gegen das von Israel verübte Unrecht nichts auszurichten ist, weil der Westen es toleriert.

Nicht zuletzt muss uns aber auch in unserem eigenen Interesse daran gelegen sein, das Völkerrecht „ohne Ansehen der Person“ für alle gleichermaßen durchzusetzen. Die gegenwärtige Ungleichbehandlung Israels beeinträchtigt massiv die Glaubwürdigkeit des Westens bei der weltweiten Durchsetzung menschen- und völkerrechtlicher Standards. Dieses zentrale Ziel der bündnisgrünen Außenpolitik darf nicht hinter partikularen Interessen zurücktreten.

## **Die palästinensische Perspektive**

Der Konflikt wird in der europäischen, insbesondere der deutschen Politik und auch in unserer Partei überwiegend durch die jüdisch-israelische Brille gesehen. Das hat verschiedene Gründe – eine größere kulturelle Affinität, damit einhergehend ausgeprägtere Kontakte, und nicht zuletzt die jüngere deutsche Geschichte. Das führt manchmal dazu, dass die palästinensische Perspektive auf den Konflikt nicht genügend berücksichtigt wird.

Während für viele Deutsche die Geschichte Israels vor allem die Geschichte des erfolgreichen Aufbaus eines Staates als Zufluchtsstätte für die immer wieder verfolgten Jüdinnen und Juden ist, ist sie aus der Sicht der meisten PalästinenserInnen die Geschichte ihrer Vertreibung und kolonialen Entrechtung. Die Staatsgründung Israels fand gegen Ende der Kolonialzeit statt. Die damalige Vorgehensweise, ein Stück Land außerhalb Europas entgegen dem Willen der Mehrheit der in dem Gebiet lebenden Menschen und sämtlicher Nachbarstaaten per Dekret von außen einer anderen (im wesentlichen europäischstämmigen) Bevölkerungsgruppe zuzuteilen, wäre heutzutage völlig inakzeptabel – und derselbe Kulturkreis, der für die Kolonialisierung verantwortlich war, unterstützt heute Israel ohne Rücksicht auf die Entrechtung der PalästinenserInnen. Auch wenn man sich diese Perspektive nicht vollständig zu eigen macht, ist ihre Berücksichtigung eine wesentliche Voraussetzung für einen realistischen Umgang mit dem Konflikt.

Im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels sind ungefähr 700,000 PalästinenserInnen aus dem heutigen Staatsgebiet Israels vertrieben worden oder geflohen. Dieses Ereignis hat sich als die Nakba (arabisch: Katastrophe) in das kollektive Gedächtnis der PalästinenserInnen eingepägt. Der erbitterte Streit darüber, wie viele von ihnen „freiwillig“ geflohen sind und wie viele gezielt vertrieben wurden, tendiert dazu, den Blick von der Tatsache abzulenken, dass sie völlig unabhängig davon jederzeit das Recht hätten haben müssen, an ihre Wohnorte zurückzukehren. Dieses Recht ergibt sich sowohl aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte als auch aus Resolution 194 des VN-Sicherheitsrates. Weder dieses Rückkehrrecht, noch das Unrecht der Vertreibung wurde von Israel je anerkannt.

Es ist ein grundsätzlicher Webfehler in der deutschen, häufig auch der bündnisgrünen Sicht auf den Konflikt, dass sie fast ausschließlich auf den jüdisch-israelischen Wunsch nach einem jüdischen Staat fokussiert, diesen in unauflösllichem Widerspruch zum Rückkehrrecht sieht und deshalb geradezu a priori davon ausgeht, dass das Rückkehrrecht diesem Wunsch geopfert werden muss. Eine Politik, die die fundamentalen Belange der einen Seite für sakrosankt erklärt und die fundamentalen Belange der anderen Seite geringschätzt, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Richtig ist, dass der überwiegende Teil der jüdischen Bevölkerung Israels in einem mehrheitlich jüdischen Staat leben möchte und dass eine nachhaltige Friedenslösung diesen Wunsch zumindest berücksichtigen, wenn möglich auch erfüllen sollte. Richtig ist aber auch, dass es für den überwiegenden Teil der PalästinenserInnen eine Grundvoraussetzung für einen echten Frieden ist, dass das Unrecht der Nakba von Israel anerkannt wird und das Rückkehrrecht als grundsätzliches Recht geachtet wird. Das bedeutet nicht, dass nun umgekehrt dieses Recht gegenüber allen anderen Interessen und Rechten anderer Konfliktbeteiligten absolut zu setzen ist. Auch die heutigen EinwohnerInnen Israels haben ein Recht, in Frieden und Selbstbestimmung zu leben. Es bedeutet aber, dass diese Rechte gleichermaßen geachtet, abgewogen und in einem gemeinsamen Dialog- und Verhandlungsprozess zu einem Ausgleich gebracht werden müssen. Interessante Ansätze dafür bietet die Anwendung des Konzepts der Transitional Justice (<http://www.nakbainhebrew.org/images/Peled-Rou.pdf>). Israel einseitig darin zu bestärken, die Rechte der anderen Seite von vornherein zu negieren, behindert dagegen eine kreative Lösung.

### **Waffenlieferungen stoppen!**

Nach den geltenden Rüstungsexportrichtlinien kommen Exporte von Rüstungsgütern „bei hinreichendem Verdacht des Missbrauchs zu innerer Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen“ nicht in Betracht. „Lieferungen an Länder, die sich in bewaffneten äußeren Konflikten befinden oder bei denen eine Gefahr für den Ausbruch solcher Konflikte besteht, scheidet [...] grundsätzlich aus, sofern nicht ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt. [...] Ferner wird das bisherige Verhalten des Empfängerlandes im Hinblick auf [...] die Einhaltung internationaler Verpflichtungen [...] berücksichtigt.“ Im Verhaltenskodex der EU für Rüstungsexporte finden sich ähnliche Vorschriften. In klarem Verstoß gegen diese Kriterien finden regelmäßig deutsche Waffenlieferungen an Israel statt. Am meisten öffentliche Aufmerksamkeit erfahren dabei die U-Boote der Dolphin-Klasse, deren Kaufpreis die Bundesrepublik häufig ganz oder teilweise übernimmt und von denen

vermutet wird, dass Israel sie für den Abschuss von Nuklearwaffen umbaut. Im Hinblick auf den Nahost-Konflikt mindestens ebenso kritikwürdig sind aber die Lieferungen von Panzerteilen und anderen Rüstungsgütern, die regelmäßig im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung erscheinen. Dabei handelt es sich um unverzichtbare Baugruppen wie Getriebe und Kanonen von Panzern, die immer wieder sowohl im Zusammenhang mit der Besatzungs- und Siedlungspolitik als auch in Kriegen wie dem Libanon-Krieg 2006 und dem Gaza-Krieg 2009 zum Einsatz kommen.

Diese Waffenlieferungen, die bündnisgrüner Friedenspolitik diametral zuwiderlaufen, werden auch innerhalb unserer Partei verteidigt, mit dem Argument, dass Deutschland angesichts des Holocaust eine besondere Verantwortung für die Verteidigungsfähigkeit des jüdischen Staates habe. Wir meinen dagegen, dass diese Form der Solidarität dort enden muss, wo das Leben und die elementaren Rechte Anderer missachtet werden. Es kann nicht die Lehre aus dem Holocaust sein, zuzulassen, dass deutsche Technologie dazu verwendet wird, Menschen gewaltsam ihrer Rechte und ihres Landes zu berauben. Der israelische Staat hat zu jedem Zeitpunkt die Wahl, sein rechtswidriges Verhalten einzustellen – insbesondere die Siedlungspolitik, die in keiner Weise zu seiner Selbstverteidigung beiträgt. Wenn er das nicht tut, kann er nicht mit dem Hinweis auf seine Verteidigungsfähigkeit erwarten, dass Deutschland zu seinen Rechtsverletzungen beiträgt.

Wenn dagegen von bestimmten Waffensystemen ausgeschlossen werden kann, dass sie im Zusammenhang mit Rechtsverletzungen eingesetzt werden, so können diese wie in den Richtlinien vorgesehen geliefert werden, wenn ein Fall des Artikels 51 der VN-Charta vorliegt.

### **Illegale Produkte aus illegalen Siedlungen**

Israel betreibt in den palästinensischen Gebieten eine aktive Siedlungspolitik. Nach der vierten Genfer Konvention ist es ein Kriegsverbrechen, ZivilistInnen in besetzten Gebieten anzusiedeln. Wie der VN-Sicherheitsrat festgehalten hat, sind gerade diese Siedlungen nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerrecht, sondern auch eines der Haupthindernisse für eine Friedenslösung. Die Waren, die in den Siedlungen produziert werden, sind nur in Ausnahmefällen explizit als solche markiert; in der Regel sind sie als aus Israel stammend ausgewiesen und werden deshalb sogar mit europäischen Steuermitteln subventioniert, da sie durch Handelsabkommen der EU mit Israel bevorzugten Zollbestimmungen unterliegen. Dieser bevorzugte Status gilt zwar nur für Produkte aus Israel in seinen international anerkannten Grenzen, doch die Kontrolle über die Markierung hat Israel. Produkte aus den Siedlungen müssen eindeutig markiert werden, ansonsten verstoßen sie gegen EU-Richtlinien. Da die Siedlungen nach internationalem Recht eindeutig illegal sind, sollte auch in Betracht gezogen werden, Produkten von dort gänzlich die Einfuhr in die EU zu verwehren. Dazu gibt es bereits Initiativen im Europaparlament, die wir unterstützen sollten.

In Israel selbst und vielen jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt gibt es diverse Initiativen, einen zivilgesellschaftlichen Boykott von Siedlungsprodukten zu organisieren. Darüber hinaus gibt es NGOs, die sich damit auseinandersetzen, wer von der Besatzung profitiert – in Deutschland sind das Firmen wie HeidelbergCement und Liebherr, die durch den Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten Gewinne erzielen (<http://www.whoprofits.org>).

## **Wechselseitige Investitionen als Baustein zur Stabilisierung einer Krisenregion**

Uns eint der Wille, die alltäglichen Lebensumstände aller Menschen der Nahost-Region zu verbessern. Dazu muss auch mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Gesamtprozess unterstützt werden. Die Menschen sollen in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft, auf der Basis ihrer eigenen Arbeit, für einen angemessenen Lebensstandard zu sorgen.

Die Wirtschaftsdaten Israels sind mit denen eines Industrielandes vergleichbar; dagegen befinden sich die palästinensischen Gebiete auf dem Niveau von Entwicklungsländern: Die durchschnittliche Kaufkraft pro Kopf betrug 2008 in Israel \$28.291,93 pro Jahr, in den palästinensischen Gebieten nur etwa \$2.900, also ein Zehntel. Die Arbeitslosenquote betrug in Israel 6,1%, in den palästinensischen Gebieten fast 30% (Westjordanland: 19%, Gazastreifen: über 40%). Solche enormen Unterschiede führen bereits bei ansonsten „normalen“ nachbarschaftlichen Verhältnissen zu erheblichen Spannungen. Im Nahen Osten erleben wir nicht nur eine politisch-ideologisch-religiöse Abgrenzung, sondern auch eine Abschottung der Reicheren gegenüber den Ärmeren. Dies liefert dem jahrzehntelangen Konflikt immer wieder neue Nahrung.

Diese Analyse ist nicht neu. In der Vergangenheit wurden Anstrengungen der EU und Deutschlands unternommen, insbesondere durch Infrastruktur-Aufbaumaßnahmen die palästinensischen Gebiete zu entwickeln. Der Aufbau des Staates Israel wurde über Jahrzehnte hinweg massiv gefördert. Dies hat jedoch nicht zu einer Befriedung und Aussöhnung geführt. Zu viele Investitionen gehen in Israel in nichtproduktive militärische Ausgaben, andererseits wurden in den palästinensischen Gebieten mit Unterstützung von außen geschaffene Werte durch Vergeltungsschläge Israels vernichtet.

Es gibt bereits Projekte, um einen wirtschaftlichen Aufbau zu ermöglichen, die von der EU und von Deutschland gefördert werden sollten. Wichtig ist: Sie sollten das Zusammenleben beider Seite fördern. Außerdem sollten gegenseitige Investitionen gefördert werden. Fördergelder sollen die Gründung von israelischen Unternehmen in den Palästinensergebieten und die Gründung palästinensischer Unternehmen in Israel wirtschaftlich ermöglichen.

Damit würde nicht nur die wirtschaftliche Basis der Menschen durch die Schaffung von Arbeit und Einkommen verbessert, sondern auch der gesellschaftliche und interkulturelle Kontakt normalisiert und in den Alltag zurückgeholt. Gegenseitige Investitionen in den Wirtschaftskreislauf der Nachbarländer haben ihren Beitrag zur Stabilität in Mitteleuropa geleistet.

Aktive Wirtschaftsförderung sollte auch den Aufbau von direkten Handelsbeziehungen zwischen den palästinensischen Gebieten und Deutschland zum Ziel haben. Im Jahr 2008 hat Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von nur 0,3 Mio. € aus den palästinensischen Gebieten eingekauft, verglichen mit 3,2 Mrd. € aus Israel – das 10.000-fache! Das Potential ist da, doch erst mit dem Frieden kann es erschlossen werden.

## **Zusammenarbeit mit palästinensischer und israelischer Zivilgesellschaft**

In Israel und Palästina ringen unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte um Mehrheiten für ihre Ideen. In beiden Gesellschaften ist die Überzeugung, dass eine lebenswerte Zukunft nur in einer Zwei-Staaten-Lösung liegen kann, weit verbreitet, der Weg dorthin ist aber umstritten und unklar.

Auf beiden Seiten gibt es darüber hinaus eine große Zahl von Initiativen, Organisationen, Parteien und einflussreichen Persönlichkeiten, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina einsetzen, auf der Grundlage der Menschenrechte.

Die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen agieren nach unserem Verständnis komplementär zur internationalen Staatengemeinschaft und den Konfliktparteien. Die Regierungen tragen weiterhin die wesentliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen. Ein nachhaltiger Frieden ist aber nur möglich, wenn die Bereitschaft für Verständigung und Versöhnung von unten wächst. Genaue Kenntnisse der lokalen Bedürfnisse und Bedingungen, eine ausgeprägte Dialogbereitschaft, politische Unabhängigkeit von den Parteien, direkter vertrauensvoller Kontakt mit der Bevölkerung, konkrete praktische Lösungen für einen besseren Lebensalltag der Menschen sind einige beispielhafte Potentiale der Zivilgesellschaft.

Wir unterstützen daher alle Bemühungen auf israelischer wie palästinensischer Seite, den Dialog zwischen den Konfliktparteien zu fördern. Wir wissen, wie schwierig diese Friedens- und Dialogarbeit ist, weil das Verhältnis zwischen Israelis und PalästinenserInnen besonders seit dem Beginn der zweiten Intifada und nun noch einmal verstärkt seit dem Gaza-Krieg von Misstrauen und Enttäuschung, Wut und Verzweiflung geprägt ist. Erschwerend kommt hinzu, dass die Trennungspolitik der israelischen Besatzungsmacht die Begegnung zwischen den Menschen praktisch unmöglich macht, weil PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten nicht nach Israel und Israelis nicht in die palästinensischen Städte dürfen – es sei denn, sie erhalten eine besondere Genehmigung des israelischen Militärs. Uns ist bewusst, wie schwierig es ist, in einer derart asymmetrischen Konfliktsituation, die von Gewalt, Demütigung und Unterdrückung geprägt ist, einen gleichberechtigten Dialog zu führen.

Unsere besondere Solidarität gilt Menschen und Gruppen, die sich unter schwierigsten Umständen aktiv für einen Dialog einsetzen, z. B.

- dem einflussreichen Israel/Palestine Center for Research and Information (IPCRI), das sowohl in der Erforschung gewaltfreier Konfliktlösungen als auch in der Umsetzung seiner Forschungsergebnisse große Wertschätzung in Israel und Palästina genießt. Dass das IPCRI nicht alleine steht, zeigt die sehr lange Liste von weiteren Organisationen, mit denen es zusammenarbeitet ([www.ipcri.org](http://www.ipcri.org)).
- der israelisch-palästinensischen Gruppe Combatants for Peace, ehemaligen israelischen SoldatInnen und palästinensischen WiderstandskämpferInnen, die sich vor dem Hintergrund ihrer Erlebnisse und von Gewalt geprägten Erfahrungen gemeinsam für eine nicht-militärische Friedensregelung einsetzen. Sie bearbeiten gemeinsam ihre Gewalterfahrungen und werben in ihren jeweiligen Gesellschaften für ein friedliches Ende der Besatzung.

- dem Friedensnetzwerk mepeace, das FriedensaktivistInnen und -organisationen aus aller Welt online, aber auch physisch, zusammenbringt und von Ha'aretz schon als „Facebook des Friedens“ titulierte wurde. Mehr als 3500 AktivistInnen und 166 Gruppen aus 175 Ländern sind hier vernetzt. Gerade im Konflikt zwischen Israel und Palästina, wo es für Menschen aus beiden Gesellschaften inzwischen fast unmöglich geworden ist, sich physisch zu treffen, ist das Internet ein wichtiges Instrument des Dialogs und der Vernetzung.
- der israelisch-palästinensischen Gruppe Parents Circle – Families Forum, einem Zusammenschluss israelischer und palästinensischer Eltern und Familien, die nahe Angehörige durch Terror und Gewalt verloren haben und die statt in Resignation und Trauer, Hass und Verzweiflung zu versinken ihre Energien in den friedlichen Dialog und Austausch investieren.

Auf palästinensischer Seite gibt es eine vielgestaltige Zivilgesellschaft, die für die demokratische Entwicklung Palästinas von großer Bedeutung ist. Viele Gruppen setzen sich für eine friedliche Konfliktregelung mit einem palästinensischen Staat neben Israel ein. Angesichts der andauernden Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt fördern sie z. B. die Verbreitung und Einübung von Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention und organisieren gewaltfreien Widerstand gegen den Mauerbau oder grenzüberschreitende Kooperation bei Umweltproblemen.

Auch auf israelischer Seite setzen sich viele Organisationen – z. B. das Menschenrechtszentrum Adalah (arabisch: Gerechtigkeit) und das Mossawa Center – und Parteien – z. B. Meretz und Hadash, aber auch die Grünen – für die Gleichberechtigung zwischen JüdInnen und AraberInnen und für einen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten ein. Die Aktivitäten reichen von Basisaktionen wie z. B. über jedes von Israelis zerstörte arabische Haus akribisch Buch zu führen, bis hin zur Lobbyarbeit für arabische BeduinInnen aus Israel in den Vereinten Nationen im Ständigen Forum für die Belange indigener Bevölkerungen (Permanent Forum for Indigenous Issues).

Wir Grüne sehen es als unsere besondere Aufgabe an, die zahlreichen Friedens- und Verständigungs-Initiativen in Israel und Palästina nicht nur zu unterstützen, sondern ihnen auch hier in Deutschland eine Plattform zu bieten durch Veranstaltungsreihen, Konferenzen, Tagungen, etc. und ebenfalls dafür sorgen, dass Besuche bei diesen Organisationen und Parteien in die offiziellen Besuchsprogramme von Regierungs-, Parlaments- und Parteidelegationen in Israel einbezogen werden. Dabei sollten auch Projekte von den Grünen unterstützt und initiiert werden, in denen israelische und palästinensische AktivistInnen einen Raum zum Dialog erhalten. Indem wir die Arbeit dieser FriedensaktivistInnen sichtbar machen und in die Mitte unserer Gesellschaft rücken, zeigen wir, dass wir ihre Arbeit ernst nehmen, und wir tragen dazu bei, dass ihr Einfluss in Israel und Palästina gestärkt wird.

Die Unterstützung der jüdischen Diaspora ist für den israelischen Staat schon immer lebenswichtig gewesen; daher kann eine konstruktive Friedenspolitik nicht ohne deren kritische Elemente auskommen. Die Gruppe „Europäische Juden für einen gerechten Frieden“ ist aus diesem Bereich eine wichtige Ansprechpartnerin vor Ort. In den USA hat die Gruppe „J Street“ in jüngster Zeit den Anspruch der etablierten Organisationen wie AIPAC, für die kaum Kritik an der israelischen Politik erlaubt ist, den Rang streitig zu machen. Auch sie muss für Bündnisgrüne eine wichtige Ansprechpartnerin sein.

## **Konstruktiver Umgang mit der Hamas**

*Man kann nicht für Frieden und gleichzeitig gegen das Gespräch sein.  
(Wolfgang Ischinger, 2010)*

Die Hamas hat die ersten von externen BeobachterInnen (z. B. der EU und dem Carter Center) als fair und demokratisch bestätigten Wahlen in den palästinensischen Gebieten gewonnen. Dass sie seitdem von Israel und dem Westen umfassend boykottiert wird, ist sowohl in pragmatischer als auch in prinzipieller Hinsicht falsch.

Die bisherigen Ergebnisse der Boykott-Politik sind verheerend. Die palästinensischen Gebiete sind politisch gespalten, und diese Spaltung ist ein neues Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Es wurde eine Chance vertan, die kompromissbereiteren Kräfte innerhalb der Hamas zu stärken und Anreize für die Teilnahme am politischen Prozess zu setzen. Stattdessen begünstigen sowohl der Westen als auch Ägypten die illegale israelische Blockade des Gaza-Streifens und haben dadurch eine Konfrontation befördert, die im Gaza-Krieg gipfelte. Nicht einmal der einzige Vorteil, den diese Politik hätte haben können – aufzuzeigen, dass Verhandlungen Ergebnisse zeitigen und Gewalt nicht – wurde erzielt, weil gleichzeitig die Fatah vorgeführt wurde und ihr Verhandlungswillen als bloße Ohnmacht erschien.

Doch auch unter prinzipiellen Gesichtspunkten war und ist der Boykott falsch. Bündnisgrüne Politik setzt auf Dialog, nicht auf Dialogverweigerung als Strafe für unerwünschtes Verhalten. Doch selbst innerhalb der „Logik“ der Dialogverweigerung ist der Boykott nicht zu rechtfertigen, da er darauf beruht, dass an die Hamas andere Maßstäbe angelegt werden als an andere Akteure – sowohl die Fatah als auch Israel.

Während die Charta der Hamas zitiert wird, um den Boykott zu begründen, werden entsprechende Passagen in der Verfassung der Fatah ignoriert. Während die Weigerung der Hamas, Israel anzuerkennen, angeblich jeden Dialog mit ihr sinnlos macht, wird wie selbstverständlich mit israelischen Parteien, Regierungsmitgliedern und Regierungen gesprochen, die das Recht auf einen palästinensischen Staat nicht anerkennen; dass Israel sich bis vor kurzem geweigert hat, auch nur die bloße Existenz eines Palästinas anzuerkennen, wird höchstens thematisiert, wenn es darum geht, das Umlenken in dieser Frage zu würdigen. Von der Hamas wird als Vorbedingung für einen Dialog gefordert, der Gewalt (nicht etwa: dem Terrorismus) abzuschwören, während israelische Gewalt als Selbstverteidigung akzeptiert wird. Während die Hamas, die die Wahlen gewonnen hat, eines Coups im Gaza-Streifen bezichtigt wird, wird die Fatah darin unterstützt, eine ungewählte Regierung aufrechtzuerhalten – dies beides, während Israel als „einzige Demokratie im Nahen Osten“ einen großen Bonus genießt. Eine so fundamental widersprüchliche Politik ist sowohl in Bezug auf den Konflikt als auch auf die Stärkung des Rechts in den internationalen Beziehungen insgesamt höchst kontraproduktiv.

Die bündnisgrüne Position sollte aus all diesen Gründen sein, die Hamas in den politischen Prozess einzubeziehen. Dies sollte zunächst ohne Vorbedingungen geschehen, um den Dialog zu ermöglichen; im weiteren Verlauf von Gesprächen muss aber natürlich auch die Dialog- und Kompromissbereitschaft der anderen Seite geprüft werden, ohne die Verhandlungen sinnlos sind. Solange der staatliche Boykott fortgeführt wird, sollten Bündnis 90/Die Grünen ein Zeichen für den Dialog setzen und ihrerseits das Gespräch mit der Hamas suchen.



## **Die Bedeutung der Sprache**

Gerade wir als Grüne sollten uns darüber im Klaren sein, welche Bedeutung Sprache hat. Dass dies nicht nur im nationalen Kontext wichtig ist, wo wir uns um eine gendergerechte Sprache frei von Rassismus und Xenophobie bemühen, ist selbstverständlich. Deshalb sollten wir unseren Sprachgebrauch auch im Nahostkonflikt kritisch reflektieren.

Häufig werden je nach Konfliktpartei für ähnliche Phänomene sehr verschiedene Begriffe gebraucht. Israel „verhaftet“ die Hälfte des palästinensischen Parlaments; die Hamas dagegen „verschleppt“ israelische Soldaten. Setzt Israel widerrechtlich Gewalt ein, so führt es eine „Operation“ durch, setzt die Hamas widerrechtlich Gewalt ein, handelt es sich um einen „Anschlag“. Wenn Israel einen Hamas-Führer umbringt, ist es eine „gezielte Tötung“; wenn die Hamas einen israelischen Minister umbringt, ist es ein „Mord“. Zum Teil spiegelt dieser unterschiedliche Sprachgebrauch schlicht die Realität wider, dass die eine Seite im Konflikt bereits einen Staat hat und die andere noch nicht. Doch wir sollten dafür sensibel sein, dass sich in diesen verschiedenen Ausdrücken auch verschiedene Wertungen ausdrücken können, die eher auf eigene Affinitäten und Grundannahmen als auf Unterschiede in den Sachverhalten zurückzuführen sind.

## **Kritik an der israelischen Politik – zweierlei Maß?**

Inner- und außerhalb unserer Partei gibt es eine rege Diskussion über *double standards* in Bezug auf den Nahostkonflikt. Interessanterweise werden diese in beiden Richtungen ausgemacht – während manche meinen, dass an Israel ein höherer Standard angelegt und übermäßige Kritik geübt wird, meinen andere, dass Israel zu nachsichtig behandelt wird. Die bündnisgrüne Haltung sollte sein, an alle denselben hohen Standard anzulegen – sofern Kritik sich als unausgewogen erweist, ist die Lösung, die fehlende Kritik zu ergänzen und nicht die bestehende Kritik zu streichen.

Bei der Analyse der Kritik an der israelischen Politik ist zwischen Worten und Taten zu unterscheiden. Tatsächlich findet man vielerorts, von deutschen Zeitungen bis zum VN-Menschenrechtsrat, eine Fülle von Kritik an der israelischen Politik, die man sich auch in Bezug auf andere Staaten, die die Menschenrechte grob verletzen, wünschen würde. Auf der Handlungsebene sieht es dagegen anders aus: Israel bekommt, von Waffenlieferungen bis zum Assoziierungsabkommen mit der EU, ein Ausmaß an sowohl materieller als auch politischer Unterstützung aus dem Westen – und insbesondere aus Deutschland – das bei einem anderen Staat, der so eklatant gegen völkerrechtliche Normen verstößt, nicht vorstellbar wäre. Solange Israel sich sicher sein kann, dass den kritischen Worten keine konkreten Taten folgen, kann es die Worte getrost ignorieren.

In Anbetracht dessen ist dann auch die intensive Kritik an der israelischen Politik differenziert zu bewerten. Wenn die arabischen Diktaturen im VN-Menschenrechtsrat eine einseitige Kritik an Israel durchsetzen, ohne ihre eigenen Verfehlungen oder die vieler anderer Staaten, die in diesem Gremium die Mehrheit sichern, zum Thema werden zu lassen, messen sie offensichtlich mit zweierlei Maß. Wenn aber in Deutschland angesichts der zentralen Rolle der deutschen Unterstützung für Israel intensiv über die israelische Regierungspolitik gestritten wird, während die ohnehin im breiten Konsens verurteilten Rechtsverletzungen der Hamas nicht ständig thematisiert

werden, spiegelt sich darin nicht notwendigerweise eine einseitige Verurteilung Israels wieder, sondern die Verantwortung, zu verhindern, dass die Politik der eigenen Regierung zu den israelischen Rechtsverletzungen beiträgt.

Eine der Grundvoraussetzungen hierfür ist natürlich, Informationen über israelische Rechtsverletzungen sorgfältig nachzugehen. Der Goldstone-Bericht hat viele solche Informationen zusammengetragen und sie entgegen dem ursprünglichen, einseitig israelkritischen Mandat des VN-Menschenrechtsrats sehr ausgewogen und wohlbegründet analysiert – es gilt nun, ihn im internationalen Rahmen zu diskutieren, anstatt ihn fälschlicherweise in die Ecke der einseitigen Israel-Kritik zu stellen (was häufig Menschen tun, die den Bericht gar nicht gelesen haben).

In Anbetracht der deutschen Geschichte wird manchmal die Frage gestellt, inwieweit wir als Deutsche überhaupt Israel kritisieren sollten. Zum einen geht es nicht darum, Israel zu kritisieren, sondern die Politik der israelischen Regierung – zumal jetzt, da sie von Parteien wie Likud und Yisrael Beiteinu gebildet wird, die sich häufig jenseits demokratisch akzeptabler Positionen bewegen. Zum anderen ist unsere Kritik an der israelischen Politik nicht gegen Israel gerichtet, sondern zielt auf das Wohl der Menschen sowohl in den palästinensischen Gebieten als auch in Israel; Kritik zurückzuhalten ist nicht in Israels Sinn, wenn die israelische Politik nicht nur anderen, sondern auch Israel selbst schadet. Kritik sollte dabei selbstverständlich immer sachbezogen geäußert werden, und leider ist es immer noch sehr notwendig, darauf zu achten, dass Kritik an der israelischen Regierungspolitik nicht als Deckmantel für Antisemitismus genutzt wird. Dabei sollten wir danach handeln, was Tsafrir Cohen in Anlehnung an David Ben Gurion geschrieben hat: „Es gilt, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen, als ob es keinen Antisemitismus gäbe – und gegen den Antisemitismus, als ob es diese Besatzung nicht gäbe.“

## **Ausblick**

Wir hoffen, dass dieses Papier einen Beitrag dazu leisten kann, die innerparteiliche Diskussion ein Stück voranzubringen. Die Nahostkonferenz sehen wir nicht als Abschluss, sondern eher als Anfangspunkt eines Diskussionsprozesses, der nach der Konferenz weitergehen wird und an dessen Ende idealerweise eine wesentlich klarere Positionierung der Partei zum Konflikt stehen sollte, als es bisher aufgrund der widerstreitenden Meinungen möglich war. Wir werden uns als LAG Frieden und auch innerhalb der BAG Frieden weiter aktiv in diesen Prozess einbringen und darauf hinarbeiten, dass die Bundesdelegiertenkonferenz im November in Freiburg einen Beschluss zum Nahost-Konflikt fassen kann, mit dem sich dann hoffentlich ein großer Teil der Partei identifizieren kann.